

Baruther Anzeiger

Beitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Sürchen, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogler keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebotes.



Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sürchen, Baruth (Markt). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für undeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 15

Donnerstag, den 4. Februar

1926

Die Befreiungsfeier vor dem Kölner Dom.

Mitternacht des 31. Januar. Zwanzigtausend Menschen oder mehr, die vor dem alten würdigen Kölner Dom die Befreiungsfunde feierlich begehen. Aus dem Dunkel der Nacht heraus schauen die Zinnen des Doms über das befreite Land. Die Häuser um den Dom herum sind mit Girlanden geschmückt und festlich illuminiert. Das Wetter ist kühl, neblig, die Menschen stört es nicht. Sie harren der zwölf Glockenschläge vom Turme, deren letzter Schlag für sie die Befreiung bedeutet. Das Joch ist von ihnen abgefallen, das sie während der schweren Jahre nach dem Kriege fühlend, aber geduldig getragen haben. Köln ist frei! Und nicht nur die Stadt selbst, sondern auch die Umgebung, die man die Kölner Zone nannte. Der letzte englische Soldat hat diesen Boden verlassen. Schon längst hätte er das Gebiet freigeben müssen, und mehr als ein Jahr über die Zeit hinaus sah der englische Fremdvogel im Lande. Gewiß, der Engländer benahm sich gegenüber seinen Bundesgenossen, den Franzosen und Belgiern, anständig. Sein Regiment war nicht das eines Elfenhändlers, aber doch fühlte sich der Kölner unfrei und von einem fremden Herrn beherrscht.

Schlag zwölf Uhr im Mitternacht. Die Menge steht schweigend, sich bewußt der großen Stunde, die ihnen die Freiheit bedeutet. Die deutsche Glocke vom Turme schlägt langsam ihren feierlichen Klang über das Land hinaus. Vor den Domtürmen lodern aus den Pylonen heraus die Flammen. Die Glocke ertönt, und der Oberbürgermeister der befreiten Stadt, Dr. A. Benauer, richtet in vorläufigen Worten die Befreiungsrede an seine Kölner Bürger. Zwei Vorkämpfer tragen seine Worte über den weiten Domplatz hinweg, und seine Stimme ertönt ungehört. Die Kölner schätzen ihren Oberbürgermeister, er hat mit ihnen die Leidenszeit durchgehalten, nun soll er mit ihnen auch die Zeiten der Freiheit erleben. Die letzten Worte seiner Rede klingen, von dem begeisterten Hoch der Menge aufgenommen, auf das deutsche Vaterland aus, und aus Tausenden von Kehlen braust das Deutschlandlied durch die Nacht.

Dann beauftragt als nächster Redner der preussische Ministerpräsident Braun die Rednertribüne, um der Kölner Bevölkerung den Befreiungsgruß der preussischen Staatsregierung zu überbringen. Seine Rede ist ein Lob- und ein Preislied auf die rheinische Bevölkerung, die, obwohl doch wohl gerade bei ihr die Freiheitsliebe besonders ausgeprägt ist, stille hielt und duldete, bis die Stunde der Befreiung kam. Minister Braun würdigt das Verhalten der rheinischen Männer und Frauen, die in dem Bewußtsein ihrer nationalen und wirtschaftlichen Verbundenheit mit dem unbeliebenen Vaterland in den vergangenen sieben Jahren eine unerhörte Fülle irdischen Leides, wirtschaftlicher Not und harter Prüfungen erduldet hat. Das Rheinland hat's getragen für uns alle, und wir wissen ihm Dank dafür und werden es ihm nie vergessen. Durch ihren Ministerpräsidenten gelobt die preussische Staatsregierung dem Rheinlande Treue und Ehrlichkeit, daß sie ihre besondere Fürsorge und Pflege dem rheinischen Volke angedeihen lassen wolle.

„Des Vorgesungen ungenügende Freude, ward keinem Sterblichen zuteil“, so konnte auch der Ministerpräsident Braun den zweiten Teil seiner Rede überschreiben, indem er auf die traurige Wirtschaftslage des deutschen Volkes hinwies, durch die die reine Befreiungsfreude stark beeinträchtigt wird. Der gesamte deutsche Volkstörper wird von dem Wirtschaftselend stark erschüttert, und es wird des vereinten Zusammenwirkens aller Volksteile bedürfen, um der gegenwärtigen Volksnot abzuhelfen und unser arbeitames deutsches Volk in langsamem wirtschaftlichen Aufstieg zu einer lichteren Zukunft zu führen. Ohne die Volksnot zu verkennen, soll doch das ganze deutsche Volk den Ruf des preussischen Ministerpräsidenten beherzigen, der seine Rede mit den Worten schloß: „Möge die weisheitsvolle, historische Stunde, in der wir hier am Fuße des heiligen Kölner Domes zusammengetreten sind, uns in dem erneuten Gelübdis vereinen, treu zu bleiben, treu zum Reich zu stehen und, befreit von dem lähmenden Druck der Befreiung, in gemeinsamer zäher Anstrengung unser deutsches Vaterland durch das Dunkel der trüben Gegenwart einer besseren Zukunft entgegenzuführen.“

Eine Erklärung der nationalen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner.

Berlin. Die Zeitung der nationalen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner bezeichnet in einer Erklärung den geplanten Demonstrationstreit als eine politische Spielerei. Die alten Gewerkschaften hätten nicht nur unter Führung des Damaskuskomitees unterstützen lassen, sondern sie hätten die Unterzeichnung gefordert, bestimmt aber hätten ihre Vertreter in den Parlamenten das Abkommen mit ja beantwortet. Das heutige Waffengelebe sei die Auswirkung des Abkommens, wozu die alten Gewerkschaften die Verantwortung zu übernehmen hätten. Die nationale Gewerkschaft...

schaft deutscher Eisenbahner sei der Meinung, daß der Verwaltungsrat der Reichsbahn, der nur international denken könne, erst dann wieder eine wahre deutsche Politik treiben werde, wenn die deutsche Eisenbahn wieder in deutschen Händen liegt.

Beginn des Fememordprozesses Panier.

Ausschluß der Öffentlichkeit.

Berlin. Als Anfang zu einer Reihe von Fememordprozessen begann am Montag vormittag vor dem Schwurgericht III in Berlin der Fememordprozess Panier. Angeklagt sind der Hauptmann Gutfreund, Oberleutnant Freiherr von Senden, Leutnant Venn wegen Anstiftung zum Mord, die Feldwebel Schirmann, Stein und Achenkamp wegen Mordes und wegen Beihilfe zum Mord des Feldwebels Schmidt. Gegen den Oberfeldwebel Stegelberg liegt Anklage wegen unterlassener Anzeige vor, während der Fähnrich Mieter und zwei Gefreite wegen Begünstigung angeklagt sind. Nach längerer, unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführter Verhandlung, verkindete Landgerichtsdirektor Bombe folgenden Beschluß:

„Das Gericht hat beschlossen, die Öffentlichkeit auszuschließen, da dies eine Gefährdung der Staatsicherheit bedeute; nur den Vertretern des Ministeriums des Innern und des Polizeipräsidentiums wird die Anwesenheit gestattet.“

Dieser Beschluß, der im übrigen auch für die Presse gilt, löste großes Aufsehen und betrübliche Erregung aus, zumal die Staatsanwaltschaft die Ansicht vertret, daß keine Gründe zum Ausschluß der Öffentlichkeit vorlägen. Vermutlich waren die Gründe der Beerdigung ausschlaggebend, die der Ansicht ist, daß bei einer öffentlichen Vernehmung gewisser Dinge möglicherweise die Entente eingetreten könnte.

Dem Prozeß folgen folgende Vorgänge zugrunde: Im Herbst wurde im Frühjahr 1925 der Schläger Erich Panier ermordet. Panier stand in dem Verdacht, ein Spitzel der Kommunisten zu sein. Er stoh deshalb, als er sich bei der sogenannten schwarzen Reichswehr nicht mehr sicher fühlte, nach Berlin. Von dort zurückgekehrt, gelang es ihm aber, ein zweites Mal zu entkommen. Wiederrum fing man ihn ein und brachte ihn nach Döberitz zurück. Dort soll er dann durch Beihilfe getötet und seine Leiche vergraben worden sein.

Nach Schluß der Hauptverhandlung im Fememordprozess Panier wurde bekannt, daß bezüglich der Anstiftung zum Mord bei dem Angeklagten Oberleutnant Oberhardt von Senden und Hauptmann a. D. Adolf Gutfreund mangels jeden ausreichenden Bedachts jede längere Inhaftierung unberechtiget sei. Auf Antrag der Rechtsanwaltschaft wurden die beiden genannten Angeklagten auf Beschluß des Gerichts sofort aus der Haft entlassen.

Nur nicht zu schnell abrufen!

Paris. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat nunmehr bekanntgegeben, daß die im Völkerbundrat vertretenen Mächte Frankreich, Italien, Tschechoslowakei und Uruguay den Antrag auf Verhängung der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz gestellt haben. Der Generalsekretär hat diesen Vorschlag sofort den übrigen Mitgliedern des Rates telegraphisch mitgeteilt. Man erwartet nicht, daß Einwände irgendwelcher Art erhoben werden.

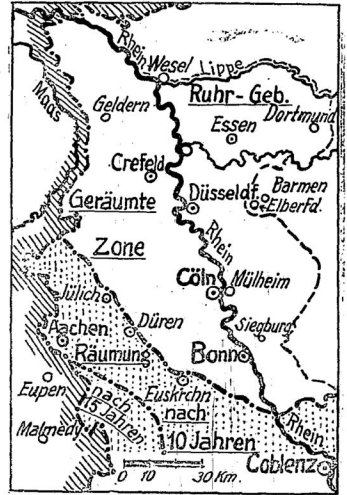
Ein deutsch-polnischer Streitfall.

Vor dem internationalen Gerichtshof. Amsterdam. Am 2. Februar wird im Haag die 10. Außerordentliche Tagung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes eröffnet werden. Sie ist einberufen worden, um den deutsch-polnischen Streitfall wegen der polnischen seitens ausproklamierten Enteignungen deutschen Eigentums in Oberschlesien, für die sich der Gerichtshof, wie in letzter Zeit gemeldet, bereits am 25. August vorigen Jahres in einem Zwischenurteil für zuständig erklärt hat, in der Hauptsache zu verhandeln. Es handelt sich hierbei um den Fall der Stickstoffabrik Chorzow und den Fall der angeklagten Enteignung von zwölf größeren deutschen ländlichen Besitzungen.

Eine unter der Führung des Gesandten Goppert stehende deutsche Abordnung ist in Warschau eingetroffen. Sie hat die Verhandlungen über den Artikel 297 des Versailler Vertrages — Liquidation des deutschen Eigentums in Polen — wieder aufgenommen.

Generalleutnant Wurzbacher gestorben.

Berlin. Generalleutnant Ludwig Wurzbacher, Chef des Heeres-Waffenamtes, ist in der Nacht vom 31. Januar zum 1. Februar im Alter von 56 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben.



Wege zur Einigung des deutschen Volkes.

Rundgebung der Liberalen Vereinigung.

Berlin. Die Liberale Vereinigung versammelte ungefähr 500 Gäste in Berlin zu einer großen Rundgebung. Auch Reichstagskanzler Dr. Luthner und der Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der badische Staatspräsident Dr. Heilpach und Lehrer der Berliner Universität waren erschienen.

Als erster Redner führte Reichsminister a. D. Dr. Koch u. a. folgendes aus: Die Gräben zwischen den Parteien seien zu breit geworden. Dazu habe auch die Presse zum Teil beigetragen. Er sehe nicht ein, weshalb der tiefe und breite Graben mitten durch den Liberalismus hindurchgehen müsse. Die Unterschiede seien keine Unterschiede der Weltanschauung, sondern der Einstellung zu den Ereignissen und zu den anderen Parteien. Die Deutsche Volkspartei und die Demokratische Partei befinden sich gewissermaßen beide auf der Brantigan, die eine nach der rechten, die andere nach der linken Seite hin. Einer der wichtigsten Gesichtspunkte des Staates ist das liberale Prinzip der

Führerauslese.

Wir brauchen Führer, die sich ihre Erfolgsgeschichte suchen, aber nicht Organisationen, die einen Vorposten hätten. Der Redner sagte seine Ausführungen zusammen in den Worten, es gelte, das deutsche Volk mit Staatsgeist zu füllen und den deutschen Staat mit Volksgestalt zu füllen.

Darauf sprach Dr. Stresemann über die Geschichte des Liberalismus, der den Lebensbedingungen zufolge an der Reichsgründung führend beteiligt gewesen sei, wobei aber die Schwierigkeiten, die es zu bekämpfen galt, nicht zum Ausdruck kämen. Auch die Wiedergeburt des deutschen Volkes sei nicht das Wert irgendeiner Wirtschaftsbewegung, sondern der geistigen Kräfte, die im deutschen Volk wirkten. Wenn die Geschichte uns lehre, so sei es, daß man trennen müsse zwischen Weltanschauungsfragen und Fragen, die wirtschaftlich gelöst werden müßten. Wenn auch ein Spintner und ein Weber, verschieden zu Zollfragen ständen, so könne der eine doch so liberal sein wie der andere. Liberalismus sei die Wahrung der Staatsinteressen gegenüber unberechtigten Sonderinteressen. Das Ziel des Liberalismus sei die

Volksgemeinschaft.

Das Nationale sei selbstverständlich. Ein Gedanke eine alle: Vaterland und Freiheit.

Auch der Abgeordnete Drewh bekannte sich als Führer der Wirtschaftspartei zum liberalen Grundgedanken. Er sprach sich für Wirtschaftsfreiheit und Volksstaat aus. Er unterstrich die Gleichberechtigung aller Stände und verlangte statt des Parteienstaates den Volksstaat.

Reichstagskanzler Dr. Luthner kam auf die drei großen Kräfte zu sprechen, die als Folge unseres geschichtlichen Werdeganges nebeneinander hergeschritten: Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus. Diese Kräfte würden die Gegenwart und auch eine sehr weite Zukunft beherrschen. In der Mitte, die die jetzige Regierung übernommen habe, sei manch sozialistischer Einschlag, seien aber auch viele konservative Kräfte. Ohne einem Widerspruch aus ihnen das Wort zu reden, gelte es doch, die großen Menschheitsgedanken wirksam zu machen zum Nutzen unseres lieben Vaterlandes.